

Newsletter No. 23 – Sommer - Herbst 2018

Editorial

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger im Hamburger Westen!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Zu Beginn dieses Jahres haben die Mitglieder der SPD über eine Koalition mit der CDU abgestimmt. Das Ergebnis ist hinlänglich bekannt: Am 14. März 2018 nahm die Große Koalition ihre Arbeit auf. Olaf Scholz wechselte sodann als stellvertretender Bundeskanzler und Finanzminister in die Regierung nach Berlin. Sein Nachfolger als Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg wurde Dr. Peter Tschentscher (SPD).

Dr. Peter Tschentscher ist seit Ende März im Amt. Mit ihm hat Hamburg einen klugen Ersten Bürgermeister, der seine Sache sehr gut macht. Mit seiner besonnenen und gewissenhaften Einstellung, seinem sehr verantwortungsvollen Umgang mit unserer Stadt und seinem Ziel, Hamburg als soziale, lebenswerte und erfolgreiche Metropole fortzuentwickeln, wird er die Hamburgerinnen und Hamburger langfristig überzeugen. Er hat die kurze Zeit genutzt, um sich intensiv einzuarbeiten, und hat erste wichtige Akzente gesetzt: Etwa im Bereich der Norddeutschen Zusammenarbeit, bei der Aufstellung des Haushaltes 2019/2020, beim Thema Mindestlohn oder beim wichtigen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Ich denke, dass von seiner zugewandten Art nicht nur die Zusammenarbeit von Senat und Fraktion profitiert, sondern auch das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Bürgermeister. Im Mittelteil lesen Sie mehr zu den Veränderungen und finden außerdem ein exklusives Interview mit unserem neuen Ersten Bürgermeister.

In diesem Newsletter informiere ich in gewohnter Weise über Themen aus dem Wahlkreis und aus der Bürgerschaft. Die aktuellen Termine finden Sie neuerdings in meinem Kurznewsletter „Komm in Tritt, triff Frank Schmitt!“. Ich wünsche Ihnen und Euch viel Spaß bei der Lektüre und eine gute Zeit!

Herzlichst Ihr und Euer

Frank Schmitt

Hamburger Westen

Bürgerdialoge

Nächste Termine stehen fest

Sie haben Ideen für Verbesserungen in Ihrem Stadtteil? Oder sind Sie neugierig, wie und was Ihre Volksvertreter in der Bürgerschaft erreicht haben? Dann sind Sie hier richtig: Anne Krischok und Frank Schmitt, Ihre SPD-Abgeordneten für den Hamburger Westen, laden alle Interessierten zum Bürgerdialog ein. Hier ist Platz für Ihre Fragen und Anliegen und Raum für Diskussion mit Ihren Abgeordneten. Kommen Sie einfach vorbei! Die nächsten Bürgerdialoge sind bereits terminiert. Den Veranstaltungsort entnehmen Sie bitte dem Einleger im Mittelteil „Komm in Tritt, triff Frank Schmitt!“

Osdorf

Dienstag, 4. September

Blankenese

Dienstag, 11. September

Rissen/Sülldorf

Mittwoch, 24. Oktober

Groß Flottbek

Dienstag, 13. November

Iserbrook

Dienstag, 20. November

Bürgerdialoge im Wahlkreis

Guter Auftakt im Stadtteil Lurup

Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie mit ihren Problemen bei politischen Entscheidungen kein Gehör finden. Die beiden SPD Bürgerschaftsabgeordneten Anne Krischok und Frank Schmitt zeigten beim Bürgerdialog im Stadtteilkulturzentrum Lurup im Februar, dass es auch anders geht. Zusammen mit ihren Parteikolleginnen und -kollegen der Altonaer Bezirksversammlung Iris Tietjens, Ute Naujokat und Björn Grantz beantworteten sie Fragen der anwesenden Bürgerinnen und Bürger. „Ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger zu haben, ist uns sehr wichtig“, betonten Anne Krischok und Frank Schmitt.

Zuerst gaben die Bürgerschafts- und Bezirksabgeordneten einen kurzen Überblick über ihre politischen Schwerpunkte. Anne Krischok berichtete über die Erfolge der Stadt Hamburg im Wohnungsbau. „Seit 2011 wurden schon fast 40.000 Wohnungen fertiggestellt. Im sozialen Wohnungsbau ist Hamburg Spitzenreiter. Wir bauen – bei einer Pro-Kopf-Betrachtung – von allen Bundesländern die meisten Sozialwohnungen: 15.000 seit 2011“, erläuterte Anne Krischok. Ebenso könne sich

die Bilanz beim Umweltschutz sehen lassen. Trotz der Wohnungsbauoffensive werde mit den Grünflächen sehr sorgsam umgegangen. Der Volksentscheid zum Rückkauf der Netze wird konsequent und Schritt für Schritt umgesetzt: Das Strom- und das Gasnetz gehören schon der Stadt und 2019 folgt das Fernwärmenetz

Frank Schmitt informierte, dass die Betreuungsquote bei Krippenplätzen weiter gestiegen sei. Hamburg nehme unter den westlichen Bundesländern einen Spitzenplatz ein.

Auch der Betreuungsschlüssel in den Kitas von 1:4 würde schrittweise umgesetzt. „Die Schienenanbindung Lurups und des Osdorfer Borns steht für uns ganz oben auf der Agenda. Wir werden dafür sorgen, dass die Planungen bis zum Ende der Legislaturperiode soweit fortgeschritten sind, dass sie nicht mehr rückgängig gemacht werden können“, betonte Frank Schmitt.

Anschließend meldeten sich viele der anwesenden Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen zu Wort. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf dem Thema Wohnungsbau und der Befürchtung, dass der Verkehr – insbesondere auch durch den Wohnungsbau – zu stark zunähme. Auch Fluglärm spielte eine Rolle, gerade die Belastungen in den Nachtstunden. Die Bezirksabgeordneten nahmen darüber hinaus zu vielen lokalen Themen Stellung, zum Beispiel zu Baumfällungen im Böverstpark, zum Zustand und Verkehr von einzelnen Straßen in Lurup oder den Neubau der Wache der Freiwilligen Feuerwehr Lurup. Die Politikerinnen und Politiker freuten sich über die rege Beteiligung und über die vielen Anregungen, die sie mit in ihre politische Arbeit nehmen werden.

Der Bürgerdialog in Nienstedten im Restaurant Ruperti wurde leider nicht so gut angenommen, wie der zuvor in Lurup. Anne Krischok und Frank Schmitt wurden bei diesem Bürgerdialog von den beiden örtlichen Bezirksabgeordneten Wolfgang Kaeser und Hendrik Sternberg unterstützt. „Wir sind immer sehr gerne auf Veranstaltungen dieser Art. Denn Politik im direkten Dialog mit den Menschen zu diskutieren ist uns wichtig. Wir möchten auf diese Weise mit unseren Wählerinnen und Wählern ins Gespräch kommen und ihre Anregungen und Sorgen aufnehmen. Sehr schade ist es dann, wenn solche Dialogangebote von den Bürgerinnen und Bürgern nicht angenommen werden, so wie in Nienstedten“, bedauert Frank Schmitt.

Stadtteilschule Lurup

Neues Schulgebäude mit vier Sporthallen und „Community Center“

Die Stadtteilschule Lurup, die derzeit noch auf die drei Standorte Vorhornweg, Veermoor und Luruper Hauptstraße verteilt ist, wird am Hauptstandort an der Luruper Hauptstraße zentralisiert. Dafür wird aktuell auf der Fläche des ehemaligen Sportplatzes des SV Lurup an der Flurstraße ein riesiger Erweiterungsbau erstellt, der auf insgesamt 12.600 Quadratmetern ausreichend Platz für die rund 900 Schülerinnen und Schüler sowie 120 Lehrkräfte der Klassen 5 bis 10 bieten wird. Doch damit nicht genug: Ebenfalls im neuen Gebäude untergebracht werden vier Sporthallen sowie das sogenannte „Community Center“, eine Art Stadtteilzentrum mit Angeboten aus Bildung, Kultur, Freizeit und Jugend. Im Februar wurde im Beisein

des Schulsenators Ties Rabe der Grundstein für den rund 35 Millionen Euro teuren Schulerweiterungsbau gelegt.

Wie die umliegende Wohnbebauung mit Einzel- und Reihenhäusern wird das neue Schulhaus in die Breite gebaut. Das Gebäude erstreckt sich über eine Länge von 170 Metern und einer Breite von 85 Metern. Neuer zentraler Punkt der Schule ist das lichtdurchflutete Foyer, an das der Mehrzweckraum, die Mensa, das „Community Center“, die Mediathek und die im Untergeschoss liegenden Ein- und Zweifeldsporthallen angrenzen. Die vier Sporthallen, die auch von Vereinen genutzt werden, können direkt über einen Außenzugang betreten werden. Die Unterrichtsräume für die Klassenstufen 5 bis 7 befinden sich im ersten Stock, in dem auch der Lehrertrakt mit Einzelbüros der Schulleitung und der Fachleiter, Räume für Schulsozialarbeit, ein Elternsprechzimmer, ein Erste-Hilfe Raum sowie eine Lehrerlounge und eine Bibliothek angeordnet sind. Die Unterrichtsräume für die Klassenstufen 8 bis 10 befinden sich im zweiten Obergeschoss.

„Der Erweiterungsbau vereint mit Schule, Sporthallen und ‚Community Center‘ in einer gelungenen Art und Weise die Bedarfe in Lurup. Inzwischen sind die Bautätigkeiten bereits reichlich fortgeschritten und ich bin zuversichtlich, dass der Plan eingehalten werden kann und wir bereits im kommenden Jahr die Einweihung des neuen Anbaus feiern können“, sagt Frank Schmitt, der sich sehr für die Erweiterung an dieser Stelle eingesetzt hat.

Hoher Besuch

Bundespräsident diskutierte mit Schülern des Lise-Meitner-Gymnasiums

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat am zweiten Tag seines Antrittsbesuchs in Hamburg an dem Bürgerschaftsprojekt „Dialog P“ am Lise-Meitner-Gymnasium in Osdorf teilgenommen. In angeregten Gesprächsrunden mit Fraktionsvorsitzenden und -mitgliedern aller Parteien der Hamburgischen Bürgerschaft, mit dem damaligen Ersten Bürgermeister Olaf Scholz und der Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit diskutierten der Bundespräsident und seine Frau Elke Büdenbender mit den Schülerinnen und Schülern über Fragen des bedingungslosen Grundeinkommens, der Zuwanderung, der Abschaffung des Verbrennungsmotors, eines Beitritts der Türkei in die EU, Möglichkeiten direkter Demokratie auf Bundesebene und Chancen und Risiken flächendeckender Videoüberwachung. Die Gespräche setzten sich auch mit Begeisterung und deutlich wahrnehmbarem Interesse beim gemeinsamen Mittagessen in der Mensa fort. Für die SPD-Fraktion diskutierte Frank Schmitt mit den Schülergruppen.

„Dialog P“ ist ein handlungsorientierter Ansatz: am Ende des Unterrichts steht keine Klassenarbeit, sondern Begegnungen mit Abgeordneten der Landesparlamente. Über den konkreten und praktischen Ansatz der Begegnung und des Dialoges will das Projekt eine Plattform für Kommunikation schaffen. Diese wird als erster und wichtiger Schritt zu einer möglichen und umfassenderen demokratischen Teilhabe betrachtet. Nur durch gegenseitiges Verständnis entstehen neue Bilder in den Köpfen: die Jugend

erhält einen Einblick in die Welt der Politik und die Politik einen in die Welt der Jugend. Frank Schmitt ist begeistert von diesem Format: „Dialog P' ist ähnlich wie ‚Jugend im Parlament‘ eine Möglichkeit, junge Menschen an die Politik heranzuführen. Deswegen hat es mir wieder sehr viel Freude gemacht, mit Jugendlichen über politische Themen zu diskutieren.“

Verkehr in Lurup

Grünzug führt jetzt direkt in den Volkspark

Der Grünzug vom Kleiberweg über Böverstland bis zur Elbgaustraße bekommt jetzt eine direkte Anbindung an den Volkspark. Bis jetzt mussten die Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer an der Elbgaustraße immer einen kleinen Bogen zur Kreuzung Elbgaustraße/Luruper Hauptstraße schlagen, um sicher die mehrspurige Hauptstraße queren zu können. Doch im Zuge der Erschließung des Luruper Technologieparks wird nun eine Ampel gebaut, damit die Verkehrsteilnehmer, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind sicher die Elbgaustraße queren können.

„Das ist ein weiterer Schritt für einen durchgängigen Grünzug“, sagt Ute Naujokat, verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bezirksfraktion aus Lurup. „Durch diese einfache Anbindung an den Volkspark ist die Möglichkeit für viele Luruperinnen und Luruper geschaffen worden, ihre Freizeit im Grünen zu verbringen, ohne an einer Hauptstraße entlang zu müssen. Das ist besonders auch für Familien mit Kindern ein großer Gewinn.“

Die Freude über diese Entscheidung teilt Frank Schmitt: „Ich freue mich, dass die Behörden unserem Wunsch gefolgt sind, eine direkte Verbindung durch den Luruper Grünzug in den Volkspark zu schaffen. Durch die Nähe zu der Kreuzung Elbgaustraße/Luruper Hauptstraße, die durch Ampeln geregelt ist, war das nicht selbstverständlich.“

Die Arbeiten gehen gut voran, an der neuen Straße zum Technologiepark wird schon gebaut. Noch in diesem Jahr soll der Luruper Grünzug seinen Anschluss an den Volkspark finden.

Sozialpolitisches Frühstück

Ilona Schulz-Müller und Frank Schmitt waren zu Gast beim SoVd

Bisher hat Frank Schmitt immer Klaus Wicher, den Hamburger Landesvorsitzenden des Sozialverbands Deutschland (SoVD), zum sozialpolitischen Frühstück eingeladen.

Dieses Mal wechselten die Gastgeber und Klaus Wicher sprach eine Einladung an Frank Schmitt aus. Zusammen mit Ilona Schulz-Müller, der sozialpolitischen Sprecherin der SPD-Bezirksfraktion, die ebenfalls eingeladen war, diskutierten gut 30

Interessierte in der neuen Beratungsstelle des SoVD in der Luruper Hauptstraße 149 mit den Fachleuten über Sozialpolitik.

Viele Themen, die vor allem im Stadtteil Lurup besonders stark präsent sind, wurden in den zwei Stunden angesprochen und diskutiert. Nach der Begrüßung des Gastgebers stand für Frank Schmitt zunächst die Familienpolitik im Fokus. „Die vom Senat vorangetriebenen Maßnahmen, die insbesondere Kinder aus einem sozial schwachen Umfeld besser fördern sollen, sind ausdrücklich zu begrüßen“, lobte Frank Schmitt die Senatspolitik. Auch die beruflichen Chancen verbessern sich dadurch für diese Kinder. Er hob hier die Arbeit der Jugendberufsagentur hervor, die ein herausragendes Modellprojekt für die Integration von Kindern und Jugendlichen in eine Ausbildung darstellt. Für Klaus Wicher stand das Thema Wohnungsbau im Vordergrund. Insgesamt habe der Senat ab 2011 30.000 Wohnungen erbaut, allerdings wären in diesem Zeitraum auch 100.000 neue Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnet worden. Klaus Wicher lobte die Zusage des Hamburger Senats, mehr Sozialwohnungen bauen zu wollen, allerdings seien es viel zu wenig.

Ilona Schulz-Müller berichtete über sozialpolitische Themen aus der Altonaer Bezirkspolitik und was aktuell auf der Agenda stünde. Für die anwesenden Gäste war es interessant zu erfahren, wie auf den verschiedenen Ebenen und in den Parlamenten Sozialpolitik gemacht wird. Auch die zahlreichen Gäste hatten Redebedarf und stellten insbesondere gezielt Fragen zur Verkehrspolitik.

Nach rund zwei Stunden Austausch ging man zufrieden auseinander. „Das sozialpolitische Frühstück wird auch weiterhin fester Bestandteil meines Veranstaltungskalenders sein. Wir sind schon in den Überlegungen, wann der nächste Austausch mit Klaus Wicher stattfinden wird“, freut sich Frank Schmitt auf die anregenden Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürger.

Schulen im Hamburger Westen

Aktuelle Zahlen und Fakten für den Wahlkreis Vier abgefragt

In den vergangenen Jahren gab es wenige Themen, über die in Hamburg so viel und kontrovers diskutiert wurde wie über Schulen. Nach vielen Reformen und Veränderungen kam das „System Schule“ erst mit dem von Olaf Scholz vereinbarten Schulfrieden langsam zur Ruhe. Dann stellten die vielen geflüchteten und schulpflichtigen Menschen die Hamburger Schulen vor die große Herausforderung, in kurzer Zeit sehr viele Kinder und Jugendliche – teils ohne Deutschkenntnisse – aufzunehmen und integrieren zu müssen.

Um genau zu wissen, wie es um die Schulen im Hamburger Westen steht, haben Anne Krischok, Kazim Abaci und Frank Schmitt eine umfangreiche Abfrage der aktuellen Situation beim Senat vorgenommen. „Aus den Zahlen können wir lesen, dass wir durchaus Erfolge verzeichnen können“, betont Frank Schmitt. So hätten im Schuljahr 2010/2011 insgesamt 409 Schülerinnen und Schüler im Wahlkreis Abitur

gemacht, im Schuljahr 2016/2017 waren es 614. Dazu gehören jetzt auch Schulen in Osdorf und Lurup (die Stadtteilschulen Goosacker, Geschwister-Scholl und Lurup), die im Schuljahr 2010/11 noch keine Sekundarstufe II hatten.

Von 2011 bis 2017 wurden rund 136 Millionen Euro in Schulgebäude investiert. Davon haben die 27 Schulen im Wahlkreis profitiert. Über 18 Millionen Euro wurden allein in den Neubau des Campus Rissen der Stadtteilschule und des Gymnasiums Rissen investiert, fast 16 Millionen Euro in die Schule Wesperloh in Osdorf. Der Neubau einer Mehrzweckhalle und die Schulerweiterung mit Neubau von Klassenräumen für die Stadtteilschule Blankenese kostete fast 16 Millionen Euro. Auch die Schule Iserbrook zählt mit gut 12 Millionen Euro für Sanierungs- und Umbauarbeiten an verschiedenen Gebäuden inklusive Sporthalle zu den kostenintensivsten Investitionen. Darüber hinaus wurden zwölf Kantinen neu gebaut und sieben Kantinen saniert beziehungsweise verbessert. Allein dafür ergaben sich Gesamtkosten von weiteren rund 23 Millionen Euro. Verbesserungen gibt es auch bei den Ganztagsangeboten: Im Schuljahr 2017/2018 hatten alle 28 Schulen im Wahlkreis Ganztagsangebote.

„Die Antworten auf unsere Fragen machen deutlich, dass wir neben guter Unterrichtsqualität auch für gute Rahmenbedingungen der Schülerinnen und Schüler sorgen“, fasst Frank Schmitt das Ergebnis der Abfrage zusammen.

Tronc-Mittel

Unterstützung für Naturschutz sowie eines Spielmann- und Fanfarenzuges

Die Stadtteilgruppe West des Naturschutzbundes Deutschland e.V. (NABU) organisierte einen Vortrag, der aus den Tronc-Mitteln finanziert wurde. Barbara Engelschall, Botanikerin und Geschäftsführerin des Regionalparks Wedeler Au e.V., und der Entomologe Frank Röbbelen widmeten sich dem interessanten Thema Insektenschutz und gaben Tipps, wie Parks und Gärten zu einem Paradies für Schmetterlinge und Insekten werden können.

„Ich freue mich, dass wir mit den Tronc-Mitteln ehrenamtliche Arbeit finanziell unterstützen können. Mit ihrem großen Engagement leisten die vielen Aktiven in der Stadtteilgruppe West des NABU einen unschätzbaren Beitrag für den Naturschutz und auch für die Bildung von Kindern und Jugendlichen im Bereich Umweltschutz. Das verdient unser aller Respekt und Anerkennung“, betonten Anne Krischok und Frank Schmitt.

Ebenso von den Tronc-Mitteln hat der Spielmann- und Fanfarenzug Blau-Weiss Osdorf profitiert. Damit konnten drei Trompeten sowie ein Tambourstab angeschafft werden. „Da von dem Angebot gerade diejenigen profitieren, die sich Musikunterricht vielleicht nur schwer finanziell leisten können, haben wir den Verein gerne mit Tronc-Mitteln unterstützt“, sagten Anne Krischok und Frank Schmitt.

Für die Haushaltsjahre 2017/18 wurden im Wahlkreis Vier insgesamt 33.800 Euro für sechs gemeinnützige Projekte vergeben. Für die kommenden Haushaltsjahre 2019/2020 werden auch im Wahlkreis Vier erneut Tronc-Mittel ausgeschüttet. Diesbezügliche Anträge können von den Trägern, Initiativen und Einrichtungen noch bis Mitte September bei den beiden SPD-Abgeordnetenbüros gestellt werden.

Zur Unterstützung der gemeinnützigen Arbeit vergibt die Hamburgische Bürgerschaft Mittel aus der so genannten Tronc-Abgabe. Sie ist die Bezeichnung für eine steuerliche Einnahme aus dem Tronc der Spielbanken.

Elektroshuttles in Lurup und Osdorf

Intelligente Verkehrsmöglichkeit für den Hamburger Westen

Die Verkehrsbetriebe Hamburg- Holstein (VHH) haben in Zusammenarbeit mit ioki – einem Tochterunternehmen der Deutschen Bahn – Anfang Juli den Betrieb von elektrisch betriebenen Shuttle-Fahrzeugen in Lurup und Osdorf gestartet. Durch die Verbindung beliebiger Adressen mit den Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) kann die Anbindung in beiden Stadtteilen sinnvoll ergänzt und verbessert werden. Die Shuttles können per App angefordert werden und verkehren auf Routen, die sich anhand der bestehenden Nachfrage orientieren. Es kommt der HVVGemeinschaftstarif zur Anwendung. Frank Schmitt: „Ich freue mich, dass die Stadtteile Lurup und Osdorf, die bislang über keine direkte Schienenanbindung verfügen für einen Testbetrieb ausgewählt wurden. Fahrgäste können so von der eigenen Haustür bis zur nächsten Schnellbahnhaltstelle befördert werden.“ Das Angebot ist zunächst bis Ende des Jahres 2018 befristet.

„Mit einem solchen innovativen und umweltfreundlichen Projekt könnte die Zeit bis zur Realisierung einer Schienenanbindung für Lurup und Osdorf sinnvoll überbrückt werden“, sagt Frank Schmitt. Eingesetzt werden Fahrzeuge des britischen Herstellers London Electric Vehicle Company, welcher auch die Londoner Taxis entwickelt und baut.

Straßenbau und Straßensanierung

Zahlen und Fakten für den Stadtteil

Fast jeder Hamburger Autofahrer kennt die oft nur ausgebesserten Straßen mit ihren Schlaglöchern. Für Radfahrerinnen und Radfahrer sind viele sanierungsbedürftige Stellen auf den Radwegen und Straßen noch problematischer. Die Altonaer SPD-Bürgerschaftsabgeordneten haben beim Senat die aktuellen Daten zum Zustand der Straßen in Altona erfragt. „Nach jahrelangem Sanierungsstau investiert Hamburg inzwischen sehr viel in den Straßenbau. Auch im Hamburger Westen wurden viele

Straßenabschnitte schon saniert“, freuen sich die beiden SPD-Abgeordneten für den Hamburger Westen Anne Krischok und Frank Schmitt.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen: So wurden von 2016 bis 2017 allein in Altona 26 Kilometer Fahrbahn saniert, beispielsweise die Straße Rugenfeld zwischen Osdorfer Landstraße und Rugenbarg sowie die Luruper Chaussee/ Luruper Hauptstraße zwischen Stadionstraße und Achern Styg. Aber auch die kleineren Straßen wurden nicht vergessen. So wurden auch Teile der Flurstraße und Lütt-Islerbrook saniert. Dieses und nächstes Jahr werden weitere Straßen mit insgesamt über 38 Kilometer Länge ertüchtigt, zum Beispiel die gesamte Straße Am Botterbarg oder die Knotenpunkte Luruper Chaussee/ Ebertallee und Luruper Hauptstraße/ Elbgaustraße.

Frank Schmitt freut sich über die Entwicklung und sagt: „Erst mit den SPD-geführten Regierungen seit 2011 wird wieder massiv in den Straßenbau investiert. Nach Jahren des Stillstands behebt die rot-grüne Koalition den Sanierungsstau auf Hamburgs Straßen und fördert damit auch den Radverkehr.“

Sommerfest im SPD-Abgeordnetenbüro

Hamburger Landesvorsitzender des SoVD sprach launiges Grußwort

Bei strahlendem Sonnenschein fand das jährliche Sommerfest von Frank Schmitt statt. Entsprechend viele Besucherinnen und Besucher – darunter Multiplikatoren aus den Stadtteilen, Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen, Abgeordnete aus anderen Parlamenten sowie Parteifreunde – sind seiner Einladung gefolgt und haben sich in lockerer Atmosphäre über politische Themen ausgetauscht. In diesem Jahr spielte glücklicherweise auch das Wetter mit, nachdem sich das Hamburger Wetter beim Sommerfest in den beiden vergangenen Jahren eher von seiner schlechten Seite gezeigt hat.

Besonders gefreut hat sich Frank Schmitt über den Besuch des Hamburger Landesvorsitzenden des Sozialverbands Deutschland (SoVD), Klaus Wicher, der an die Gäste ein launiges Grußwort gesprochen hat. Darin fand Klaus Wicher lobende Worte für Frank Schmitt, denn er sei ein kompetenter Ansprechpartner im Wahlkreis und würde sich mit hohem Engagement für die Menschen einsetzen.

Bereits zum achten Mal fand nun das Sommerfest statt. Mit einem Einweihungsfest seines Abgeordnetenbüros hat es seinerzeit begonnen, inzwischen ist es zur guten Tradition geworden, einmal im Jahr auf dem Parkplatz vor und in seinen Räumlichkeiten ein Fest zu feiern. „Politik im Dialog mit den Menschen macht mir Spaß, so kann ich direkt mit ihnen ins Gespräch kommen und politische Angelegenheiten besprechen. Nicht zuletzt deshalb ist es mir besonders wichtig, einmal im Jahr zu meinem Sommerfest einzuladen. Den Austausch mit den Menschen vor Ort werde ich auch weiterhin pflegen und freue mich jetzt schon auf weitere Begegnungen mit den Menschen aus meinem Wahlkreis“, so Frank Schmitt.

Bauarbeiten auf der Elbchaussee

Straßenraum wird umgestaltet und Trinkwasserleitung erneuert

Der Straßenraum auf der Elbchaussee wird von Teufelsbrück bis zum Hohenzollernring neu gestaltet und die darunter befindliche Trinkwasserleitung zwischen Manteuffelstraße und Altonaer Rathaus erneuert. Beginn der Baumaßnahme ist voraussichtlich 2020.

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) plant die Elbchaussee zwischen Teufelsbrück und Hohenzollernring neu zu gestalten, um das Miteinander der Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer auf der Elbchaussee zu verbessern. Erste Planungsüberlegungen wurden dazu bereits entwickelt. Die Sanierung der Trinkwasserleitung auf der rund acht Kilometer langen Strecke wird zum Teil durch Einziehen eines neuen, kleineren Rohres erfolgen. Rund die halbe Strecke der Trinkwasserleitung wird von HAMBURG WASSER in offener Bauweise saniert.

Der LSBG und HAMBURG WASSER haben sich zusammengeschlossen, um die Bauarbeiten effektiv zu koordinieren. So können der Bauablauf kostengünstiger gestaltet und die Verkehrseinschränkungen auf ein verträgliches Maß reduziert werden. Gemeinsames Ziel der beiden Projekte ist dabei, die Nutzbarkeit der Elbchaussee für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer zu verbessern – egal ob sie mit Auto, Bus, Rad oder zu Fuß unterwegs sind.

Bei den Planungen geht die Stadt mit einem offenen Beteiligungsverfahren neue Wege. Schon zwei Jahre vor dem geplanten Baubeginn konnten Interessierte Wünsche und Vorschläge äußern. Insgesamt wurden gut 1.100 Ideen, Anregungen, Hinweise und Wünsche eingereicht. Eine erste Dialogveranstaltung fand bereits am 4. Mai statt. Nun werden die Ergebnisse aufbereitet. Voraussichtlich ab Ende August sollen dann in einer erneuten Onlinebeteiligung Rückmeldungen dazu gesammelt werden. In einer zweiten Dialogveranstaltung – voraussichtlich im September – soll das Ergebnis dieser Online-Beteiligung präsentiert und weitere Ideen und Anregungen für die Planung gesammelt werden.

Frank Schmitt lobt dieses Verfahren: „Die Bürgerinnen und Bürger bereits im Vorfeld bei den Planungen zu beteiligen und einzubinden, begrüße ich ausdrücklich. Ziel muss es sein, mit den Menschen, die von den Planungen betroffen sind, gemeinsam zu planen und nicht gegen sie. In der Vergangenheit gab es leider auch Beispiele, in denen dies nicht der Fall war.“

Rathausführung

„Das Glück hat man auch nicht alle Tage!“

Ein besonderes Highlight bietet Frank Schmitt den Bürgerinnen und Bürgern, wenn er sie durch das historische Hamburger Rathaus führt und zum anschließenden Besuch einer Bürgerschaftssitzung einlädt. Bei der vergangenen Rathausführung mit einer Gruppe aus seinem Wahlkreis begegneten sie dem Ersten Bürgermeister, der sich sogar die Zeit für einen kurzen Plausch und ein Gruppenfoto nahm. „Das Glück

hat man auch nicht alle Tage“, freute sich Frank Schmitt über diese Begegnung, die insbesondere seinen Gästen eine große Freude bereitet hat.

Schülerpraktikantin Anika Lütgens

Highlight war die Rathausführung und die Begegnung mit dem Ersten Bürgermeister

Anika Lütgens hat im Rahmen eines Schulpraktikums Frank Schmitt begleitet und in den verschiedenen Büros hinter die Kulissen geschaut.

„Seit ich 2017 bei ‚Jugend im Parlament‘ mitgemacht habe, interessiere ich mich intensiv für Politik. Momentan besuche ich eine Stadtteilschule in Rahlstedt. Dort ist in der elften Klasse ein zweiwöchiges Praktikum vorgesehen. In meiner Klassenstufe sind alle zwischen 16 und 17 Jahre alt. Klar hat man da anderes im Sinn als Politik, doch für mich war es genau das, was ich im Praktikum machen wollte.

Über einen SPD-Bürgerschaftsabgeordneten, bei dem ein Schulfreund von mir ein Praktikum machte, kam der Kontakt zu Frank Schmitt zustande. Ich freute mich und war aufgeregt, als ich am ersten Tag meines Praktikums nach Lurup fuhr, ein Stadtteil, den ich bisher nicht kannte. Schnell war die Aufregung verflogen, denn ich wurde von Frank Schmitt und seinem Mitarbeiter herzlich aufgenommen und eingewiesen.

Erwartungen hatte ich keine, ich hoffte nur, dass das Praktikum nicht all zu langweilig werden würde. Der erste Tag verging schnell und endete mit einer schönen Rathausführung, die Frank Schmitt und sein Fraktionskollege für mich und meinen Schulfreund organisiert hatten. Es ging abwechslungsreich am nächsten Tag weiter, als ich bei einem Bürgerdialog, die Frank Schmitt mit seiner Wahlkreiskollegin regelmäßig in den Stadtteilen seines Wahlkreises organisiert, dabei sein durfte. Das war sehr interessant, denn ich bekam viele neue Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern aus dem Stadtteil mit. Ich erfuhr über Probleme, die ich vorher im Stadtteil nicht wahrgenommen oder erwartet hatte.

Einen Teil meines Praktikums verbrachte ich in der Altonaer SPD-Fraktion. Das bot sich an, weil der Büroleiter von Frank Schmitt auch Geschäftsführer der SPD-Bezirksfraktion ist. Das Fraktionsbüro liegt nicht weit vom Altonaer Rathaus entfernt. Ein Abgeordneter der Bezirksfraktion führte mich durch die Räumlichkeiten des Altonaer Rathauses, ein Gebäude mit beeindruckender Architektur, und ich konnte sogar kurz mit der Bezirksamtsleiterin reden. Darüber hinaus konnte ich an verschiedenen Veranstaltungen teilnehmen, unter anderem habe ich mitbekommen, wie die Sitzungen der Bezirksfraktion und der Bezirksversammlung ablaufen und mit was sich der Ältestenrat beschäftigt.

Ständig war ich unterwegs, was toll und insgeheim meine Hoffnung war. Der Beruf als Politiker erfordert Flexibilität und ist durchaus abwechslungsreich, das durfte ich im täglichen Arbeitstag erleben. Trotz schlechten Wetters besuchte ich beispielsweise das Stadtteilstadt in Lurup und half am Infostand der SPD mit. Eine Rathausführung, die Frank Schmitt regelmäßig für Bürgerinnen und Bürger anbietet, mit anschließender Bürgerschaftssitzung war eine durchaus interessante Erfahrung, da ich zuvor noch nicht bei einer Gruppenführung durchs Rathaus dabei war. Auch wenn ich erst vor ein paar Tagen eine Rathausführung im engeren Kreis hatte, war diese Führung sehr spannend, denn es gibt immer wieder etwas Neues zu entdecken. Zum Ende meines Praktikums besuchte ich noch die Parlamentsdokumentation, dort werden alle Drucksachen archiviert und stehen den Bürgerschaftsabgeordneten zur Verfügung. Abgeschlossen habe ich die zwei Wochen mit der Vorbereitung des Sommerfestes von Frank Schmitt.

Schlussendlich kann ich das Fazit ziehen und festhalten, dass ein Praktikum im Bereich Politik für jeden mit Interesse an Politik zu empfehlen ist. Man kann nur an Erfahrung dazu gewinnen, auch wenn es nur zwei Wochen geht. In den zwei Wochen meines Praktikums habe ich neue Dinge und Menschen kennengelernt und Erfahrungen gesammelt, was ich auch dem abwechslungsreichen Programm von Frank Schmitt und seinem Büroleiter Alexander Hund zu verdanken habe. Ich bin sehr froh, dass ich die Möglichkeit bekommen habe, Politik hautnah zu erleben.“

Jubiläum gefeiert

125 Jahre Freiwillige Feuerwehr Rissen

120 Rissener Bürger gründeten am 13. April 1893 eine Freiwillige Feuerwehr, um ihr Eigentum zu schützen. 125 Jahre und ein Tag später wurde mit einem Festakt das Jubiläum in der Wache gefeiert. Frank Schmitt ließ es sich nicht nehmen und gratulierte persönlich zu diesem Jubiläum.

„Ich danke den in der Feuerwehr engagierten Frauen und Männern für den vorbildlichen Einsatz. Dieses Engagement hat schon sehr oft Menschen in der Not geholfen und Menschenleben gerettet“, zollt Frank Schmitt den Feuerwehrfrauen und -männern Respekt und Dank für ihre Arbeit.

Bürgerschaft

Jugendverbandsarbeit

Mittel werden erhöht

Auf Initiative der Regierungsfractionen hat die Bürgerschaft einen Antrag zur Stärkung der Jugendverbandsarbeit beschlossen. Insgesamt sollen die Mittel für diese wichtige Aufgabe um 200.000 Euro pro Jahr aufgestockt werden.

Seit 2011 ist die Jugendverbandsarbeit in Hamburg von der Haushaltskonsolidierung ausgenommen. Die Förderung der Jugendverbände beläuft sich im Haushaltsplan 2017/2018 auf rund drei Millionen Euro jährlich. Die Situation der in der Zahl gewachsenen anerkannten Jugendverbände ist in den vergangenen Jahren geprägt von einer zunehmenden Zahl von Kindern und Jugendlichen und gleichzeitig einem inhaltlichen Aufgabenzuwachs, wie beispielsweise der Integration einkommensschwacher Kinder und Jugendlicher. Daher sind die Anträge der Jugendverbände mittlerweile höher als der zur Verfügung stehende Haushaltsansatz.

„Umso notwendiger ist es, den Jugendverbänden künftig 200.000 Euro mehr pro Jahr zur Verfügung zu stellen“, sagt Frank Schmitt, Vorsitzender des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend.

Mehr Unterricht an Stadtteilschulen

Bürgerschaft beschließt Stundenerhöhung

Im Vergleich mit anderen Bundesländern haben Hamburgs Schülerinnen und Schüler in der Unter- und Mittelstufe der Stadtteilschulen seit Jahren relativ wenig Unterricht. Dadurch fehlt den Klassen 5 bis 10 oftmals die Zeit zum Üben und vertiefenden Lernen. Wer an der Stadtteilschule das Abitur macht, kann in der 11. Klasse Versäumtes nacharbeiten. Wer aber nach der 10. Klasse die Schule mit Haupt- oder Realschulabschluss verlässt, dem fehlen bislang wichtige Unterrichtsstunden vor allem in den Fächern Mathematik und Deutsch. Das soll sich jetzt ändern: Bildungssenator Ties Rabe und die Regierungsfraktionen in der Bürgerschaft wollen die Zahl der Unterrichtsstunden an den Stadtteilschulen deutlich erhöhen. Diesem Ansinnen ist die Bürgerschaft gefolgt und hat es beschlossen.

Bislang hatte ein Stadtteilschüler bis Klasse 10 durchschnittlich etwa drei bis vier Stunden Deutsch und vier Stunden Mathematik in der Woche. In Zukunft wird er in beiden Fächern durchschnittlich vier bis fünf Stunden je Woche unterrichtet. Das sind hochgerechnet auf die sechs Jahre der Mittelstufe bis zur zehnten Klasse insgesamt 152 Unterrichtsstunden mehr – allein in Deutsch und Mathe. Der zusätzliche Unterricht soll vor allem zum Üben und vertiefenden Lernen des Stoffes verwendet werden.

Für den zusätzlichen Unterricht müssen die Stundenpläne in den Schulen so geändert werden, dass künftig mindestens 26 Wochenstunden Deutsch und 26 Wochenstunden Mathematik in den Klassen 5 bis 10 organisiert werden. Schulen können aber auch in Ausnahmefällen die zusätzlichen Unterrichtsstunden im Rahmen bestehender Projekte verankern. Die Stundenerhöhung soll spätestens ab dem 1. August 2019 in Kraft treten, Schulen können aber schon im nächsten Schuljahr zusätzliche Unterrichtsstunden einführen. Über das Tempo und die konkrete Umsetzung entscheiden die Schulen. Mehr Unterricht heißt aber auch mehr Lehrkräfte. Rund 52 volle Lehrerstellen werden zusätzlich benötigt. Die Schulbehörde rechnet insgesamt mit Mehrkosten von rund 3,5 Millionen Euro pro Jahr. Senat und Regierungsfraktionen haben dem Vorhaben bereits zugestimmt.

Senat und SPD-Bürgerschaftsfraktion

Personelle Veränderungen

Im März legte Olaf Scholz sein Amt als Erster Bürgermeister nieder und trat als Finanzminister und Vizekanzler in die neu gebildete Bundesregierung ein.

Am 28. März wählte die Bürgerschaft Dr. Peter Tschentscher, der bislang Finanzsenator war, in das Amt des Ersten Bürgermeisters.

Der bisherige Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Dr. Andreas Dressel wurde in den Senat als Finanz- und Bezirkssenator berufen.

Dirk Kienscherf ist neuer Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Bis zu seiner Wahl war er parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion.

Exklusiv

Interview mit dem ersten Bürgermeister Peter Tschentscher

Am 28. März 2018 wurde Dr. Peter Tschentscher von der Hamburgischen Bürgerschaft zum Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg gewählt. Bereits in der darauffolgenden Bürgerschaftssitzung am 11. April 2018 gab er seine erste Regierungserklärung ab. Dabei sagte er, die Hamburger hätten sich in den vergangenen Jahren an gutes Regieren gewöhnt „und dieser Senat wird die Erwartungen auch erfüllen.“ Außerdem kündigte er weitere Investitionen in Wohnungsbau, Bildung, Wissenschaft, Gesundheit und Sicherheit an.

Hamburgs Bürgermeister stellte sich den Fragen von Frank Schmitt.

Frank Schmitt: „Vielen Dank Peter Tschentscher und noch einmal auf diesem Weg herzlichen Glückwunsch zur Wahl zum Ersten Bürgermeister. Ich freue mich, dass wir die Gelegenheit haben, noch ein paar Fragen zu besprechen, die in der Regierungserklärung vielleicht noch nicht so ausführlich beantwortet wurden. Was die Menschen im Hamburger Westen besonders interessiert, ist natürlich die Schienenanbindung. Welche Perspektive können Sie den Menschen da geben und wie sieht die Zeitschiene aus?“

Dr. Peter Tschentscher: „Der Senat steht zu seiner Aussage, die einwohnerstarken Stadtteile Lurup und Osdorfer Born an das Schnellbahnnetz anzubinden. Der Bau einer neuen U-Bahnlinie ist ein Jahrhundertprojekt, das viele Jahre in Anspruch nimmt. Wir arbeiten aber konsequent daran, weil ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr in einer Stadt wie Hamburg wichtig ist, damit alle sicher und komfortabel ihr Ziel erreichen können. Ob es eine U-Bahn oder eine S-Bahn wird und wo genau die Trasse verläuft, können wir erst entscheiden, wenn die laufende Machbarkeitsuntersuchung in rund einem Jahr abgeschlossen ist. Wir prüfen beide

Möglichkeiten und wählen dann die Variante, mit der die meisten Bürgerinnen und Bürger eine direkte, also fußläufige Anbindung an das Schnellbahnsystem erhalten.“

Frank Schmitt: „Ein weiteres wichtiges Thema ist die Umsetzung der Bürgerverträge im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung.

Wir haben zum Beispiel bei uns im Wahlkreis in Rissen die Einrichtung von Unterkünften in den Bürgerverträgen vereinbart. Welche Chancen sehen sie dabei?“

Dr. Peter Tschentscher: „Die Verträge haben dazu beigetragen, dass wir viele Flüchtlinge aufnehmen konnten, ohne zum Beispiel Schulturnhallen zu belegen, wie es in anderen Ländern gemacht wurde. Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, in den meisten Fällen Lösungen einvernehmlich mit den Anwohnerinnen und Anwohnern hinzubekommen und viele sich dabei auch ehrenamtlich engagiert haben.“

Frank Schmitt: „Ihr Vorgänger kam mit den Menschen bei seinem Veranstaltungsformat „Olaf Scholz im Gespräch“ in direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern. Welches Format planen Sie, damit die Menschen ihren neuen Bürgermeister kennenlernen und mit ihm in Kontakt treten können, und gibt es auch schon Termine für den Hamburger Westen?“

Dr. Peter Tschentscher: „Es gibt eine ähnliche Veranstaltungsreihe, mit der wir vor Kurzem begonnen haben. Ich möchte noch in diesem Jahr alle 17 Wahlkreise besuchen. Es sind natürlich auch Veranstaltungen im Hamburger Westen geplant. Zu den Terminen wird immer öffentlich eingeladen. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger haben dann die Gelegenheit, über die Politik in Hamburg zu diskutieren und dabei auch konkrete Themen ihres Stadtteils anzusprechen.“

Frank Schmitt: „Worin unterscheidet sich der Erste Bürgermeister Peter Tschentscher von seinem Vorgänger?“

Dr. Peter Tschentscher: „Man sagt, dass ich ihm in vielen Eigenschaften ähnlich bin. Das finde ich gut, denn Olaf Scholz ist einer der besten und erfahrensten Politiker Deutschlands. Aber ich bin schon ein anderer Mensch mit anderen beruflichen Erfahrungen und ich führe das Amt auf eine andere persönliche Art“

Frank Schmitt: „Nennen Sie ein Thema, das Sie im beziehungsweise für den Hamburger Westen für die Menschen umsetzen möchten.“

Dr. Peter Tschentscher: „Zum Beispiel wollen wir nach der Modernisierung vieler anderer Krankenhäuser in den kommenden Jahren gemeinsam mit Asklepios das bisherige AK Altona durch einen modernen Neubau ersetzen. Er soll höchsten Ansprüchen der modernen Medizin gerecht werden und bestens in das städtische Umfeld integriert sein. Aber natürlich kommen auch alle anderen Projekte des Senats wie der Wohnungsbau, die Verbesserung der Angebote in den Kundenzentren oder die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs dem Westen Hamburgs zu Gute. Neue Arbeitsplätze werden vor allem im Bereich des Wissenschaftsstandortes DESY, aber auch im südlichen Bahrenfeld entstehen.“

Frank Schmitt: „Hat der Hamburger Bürgermeister auch einen Lieblingsplatz im Hamburger Westen?“

Dr. Peter Tschentscher: „Einen konkreten Platz nicht, aber einen „Lieblingsweg“ – den Fußweg an der Elbe von Blankenese in die Innenstadt.“

Frank Schmitt: „In den vergangenen Tagen las man viel über die Verschuldung der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie waren bis vor kurzem Finanzsenator. Wie stellt sich die Situation konkret dar?“

Dr. Peter Tschentscher: „Die Verschuldung steigt derzeit, weil wir jetzt aus der Garantie für die HSH Nordbank in Anspruch genommen werden, die der Vorgängersenat 2009 übernommen hatte. Wir können diese Belastung aber tragen, ohne dass es zu Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger kommt, weil wir den Haushalt seit 2011 konsequent saniert haben. 2009 und 2010 hatte die Stadt jedes Jahr fast eine Milliarde Defizit. Wir haben die Haushaltsergebnisse seit 2011 schrittweise verbessert und im letzten Jahr knapp eine Milliarde Euro Überschuss erzielt. Damit haben wir uns im Haushaltsergebnis pro Einwohner vom Schlusslicht unter den deutschen Bundesländern zu einem Spitzenplatz im Bereich von Bayern und Baden-Württemberg vorgearbeitet. Dadurch können wir jetzt die Altschulden der Stadt tilgen und wichtige Zukunftsinvestitionen – zum Beispiel in die Schulen, Hochschulen, Kultureinrichtungen, Straßen und U- und S-Bahn – finanzieren.“

Frank Schmitt: „Herr Bürgermeister vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben für dieses exklusive Interview.“

Haushalt

Zentrales Anliegen: Bezirke werden weiter gestärkt

Für die Sanierung von Spielplätzen wurden in der Bürgerschaft auf Initiative der beiden Regierungsfractionen in den vergangenen Haushaltsberatungen 2,5 Millionen Euro zusätzliche Mittel beschlossen. Mit diesen Mitteln wurden 2017 gezielt sechs Spielplätze in den Bezirken saniert, weitere acht folgen in diesem Jahr. Weitere Sanierungsbedarfe werden über den neuen Doppelhaushalt 2019/20 abgebildet, die Behörde für Umwelt und Energie hat dafür bisher bereits fünf Millionen Euro vorgesehen.

Dazu Frank Schmitt: „Wir freuen uns, dass mit den zusätzlich bewilligten Sanierungsmitteln dieses und vergangenes Jahr insgesamt 14 Spielplätze instand gesetzt wurden beziehungsweise werden. Diese Initiative der rot-grünen Regierungskoalition muss jetzt verstetigt werden. Darum hat die rot-grüne Koalition dazu bereits ein Erhaltungsmanagement für Spielplätze auf den Weg gebracht. Bei allen Sanierungen werden auch veränderte Sicherheitsvorschriften, neue erlebnispädagogische Ideen und Bedürfnisse von Kindern mit Behinderung sowie Barrierefreiheit berücksichtigt.“

Mit den Geldern aus dem Jahr 2017 wurde im Bezirk Altona die Skate-Anlage Walter Möller Park saniert. Weiter wurden Sanierungsmaßnahmen für das Jahr 2018 für folgende Spielplätze im Bezirk Altona bewilligt: Spielplatz Zeisewiese und Spielplatz Böverstpark.

Anfang April hat der Senat Anpassungen im Verfahren zur Konjunkturbereinigung vorgestellt. Damit sollen wachstumsbedingte Effekte auf die Steuereinnahmen besser abgebildet werden. Konjunkturelle Effekte bleiben weiterhin unberücksichtigt, so dass die Haushaltsplanung mit der notwendigen Vorsicht erfolgt.

Hamburg soll auch in Zukunft eine lebenswerte Stadt bleiben, für alle, die heute schon hier leben wie auch für die neuen Hamburgerinnen und Hamburger. Daher ist es erforderlich, tatsächliche strukturelle Mehreinnahmen auch zur Verfügung zu stellen, um die unabwiesbaren Mehraufgaben und die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur und Lebensqualität zeitgerecht finanzieren zu können. Dabei ist jedoch sehr umsichtig vorzugehen. Die nachhaltige Konsolidierung des doppelhaushalts bleibt weiterhin zentraler Punkt der Haushaltsplanung.

Ein zentrales Anliegen ist Frank Schmitt, die Bezirke weiter zu stärken. Daher setzt er sich mit Nachdruck dafür ein, dass die Bezirke auch finanziell gut ausgestattet werden. Mit auf seine Initiative hin wurde im Jahr 2013 der Quartiersfonds eingeführt. „Der Quartiersfonds dient dazu, bereits bestehende oder neue Projekte anteilig zu fördern, die zur Verbesserung der Infrastruktur oder des Zusammenlebens in den Quartieren beitragen. Vorrangig sollen Angebote und Projekte gefördert werden, die in Stadtteilen mit Handlungsbedarfen angesiedelt sind. Es können Betriebskosten oder Personalkostenzuschüsse für Projekte gefördert werden“, fasst Frank Schmitt Sinn und Zweck des Quartiersfonds zusammen. Die inhaltliche Schwerpunktsetzung kann sich auf soziale Inklusion, Gesundheits- oder Bildungsförderung oder Infrastrukturprojekte beziehen.

Inzwischen hat der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg den Haushaltsplan-Entwurf für die Jahre 2019 und 2020 beschlossen. Darin ist auch eine Erhöhung des Quartiersfonds vorgesehen, damit die soziale Infrastruktur in den Bezirken gestärkt werden kann. Damit können auch die 2017 mit Sondermitteln geschaffenen Integrationsangebote mit Hilfe des finanziell aufgestockten Quartiersfonds fortgeführt werden.

Im Entwurf ist auch eine deutliche Steigerung der Rahmenvorgaben für Kinder- und Jugendarbeit an die Bezirke im Umfang von insgesamt 2,2 Millionen Euro jährlich vorgesehen. Darin sind rund 500.000 Euro für Tarifsteigerungen geplant und rund eine Million Euro pro Jahr als Aufstockung für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. „Das ist eine signifikante Steigerung und ein klares Bekenntnis zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie ein deutliches Zeichen dafür, dass wir unser Wort halten und die Bezirke in ihrer Arbeit weiter stärken wollen“, sagt Frank Schmitt.

Die Bürgerschaft wird den Entwurf im Herbst beraten und sicherlich um eigene Schwerpunkte ergänzen. Als Fachsprecher für Bezirke und Familienpolitiker freut sich Frank Schmitt insbesondere darüber, dass mit dem Haushaltsplan-Entwurf die Bezirke gestärkt werden: „Der Senat stellt mit dem Doppelhaushalt 2019/20 sicher, dass die Bezirke angemessen ausgestattet und damit im Hinblick auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen handlungsfähig sind. Dazu tragen auch die Aufstockung der Mittel für den Quartiersfonds sowie für die Jugend- und Seniorenarbeit bei“, zeigt sich Frank Schmitt mit dem Haushaltsplan-Entwurf sehr zufrieden.

Neuer Feiertag in Hamburg

31. Oktober wird zukünftig als „Tag der Reformation“ ein gesetzlicher Feiertag

Nach vielen Diskussionen und Vorschlägen hat die Hamburgische Bürgerschaft im Februar beschlossen: Der 31. Oktober wird zukünftig als „Tag der Reformation“ ein gesetzlicher Feiertag in Hamburg.

Hamburg hatte bisher lediglich neun Feiertage im Jahr, Spitzenreiter Bayern kommt demgegenüber auf 13. Bereits früh zeichnete sich ab, dass es eine breite Mehrheit in der Bürgerschaft für einen zusätzlichen Feiertag geben wird. Über die Fraktionsgrenzen hinweg ist ein transparentes Abstimmungsverfahren auf der Basis von Gruppenanträgen entwickelt worden, das allen Bürgerschaftsabgeordneten eine freie Meinungs- und Entscheidungsfindung ermöglichen sollte. Aus den zahlreichen Vorschlägen und Ideen für Feiertage kamen schließlich Gruppenanträge zur Abstimmung, die sich für den „Weltfrauentag“ am 8. März, den „Tag des Grundgesetzes“ am 23. Mai, den „Tag der Befreiung“ am 8. Mai und den 31. Oktober als „Tag der Reformation“ als gesetzlichen Feiertag aussprachen. Eine deutliche Mehrheit der Abgeordneten stimmte schließlich für den 31. Oktober als neuen gesetzlichen Feiertag.

Für Frank Schmitt war bei seiner Entscheidung wichtig, was mit dem Reformationstag zusammenhängt. „Die meisten erinnern sich vermutlich daran, was im Schulunterricht behandelt wird. Nämlich, dass sich einige Geistliche von der katholischen Glaubenslehre abgewandt haben. Aber Reformation bedeutet ja in der Übersetzung ‚Wiederherstellung oder Erneuerung‘. Am Ende des Prozesses stand nicht nur eine neue Kirche, sondern eine neue Gesellschaftsordnung“, so Frank Schmitt.

Um die Bedeutung des Tages der Reformation auch in die Breite der Bevölkerung zu tragen, soll die Stadt mit einem entsprechenden Veranstaltungsprogramm wichtige Debattenforen bereitstellen. Außerdem hat die Hamburgische Bürgerschaft in diesem Zusammenhang beschlossen, dass an diesem Tag grundsätzlich freier Eintritt in den Museen der Stadt besteht.

Die für den 31. Oktober 2018 geplante Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft wird nach dieser Entscheidung nicht mehr stattfinden, da dieser Tag nunmehr ein Feiertag sein wird. Sie wird um einen Tag auf den 1. November 2018 verschoben.

Betreuungsqualität in Krippen und Elementar-Kitas weiter stärken

Qualitätsverbesserungen und weiterer Ausbau gehen Hand in Hand

Die Volksinitiative „Mehr Hände für Hamburger Kitas“ hat Anfang März dem Senat nach eigener Angabe über 30.000 Unterschriften übergeben. Das sind mehr als für die nächste Stufe des Verfahrens, dem Volksbegehren, notwendigen Unterschriften.

Die rot-grüne Regierungskoalition wird die Betreuungsqualität in Krippen und Elementar-Kitas weiter stärken – und dazu Bundesmittel einsetzen.

„Qualitätsverbesserungen und der weitere Kita-Ausbau gehen für uns Hand in Hand, und das bei gebührenfreier Grundbetreuung. Es werden 2018 etwa 530 zusätzliche pädagogische Fachkräfte zur Verfügung gestellt. 2019 steigt die Zahl auf insgesamt 1.100 an. Rechnet man die Verbesserung des Elementar-Fachkraftschlüssels mit, werden im Jahr 2020 etwa 2.100 und ab 2021 rund 2.700 zusätzliche pädagogische Fachkräfte zur Verfügung stehen“, sagt Frank Schmitt.

Dieser mit den Kita-Verbänden abgestimmte Weg führt verlässlich zu besseren Betreuungsschlüsseln und zu besserer Betreuungsqualität. SPD und Grüne setzen die Gespräche mit der Volksinitiative gerne fort und haben angeboten, auf der Basis der bekannten Eckpunktevereinbarung aus 2014 die Verbesserungen der Betreuungsschlüssel in das Kinderbetreuungsgesetz zu schreiben. Die gemäß Volksinitiative für Ausfallzeiten und mittelbare Pädagogik erforderlichen Fachkräfte sind kurzfristig nicht verfügbar und hinzu kommen die bekannten letztlich dreistelligen Millionenbeträge pro Jahr.

Die Regierungskoalition sieht das Volksbegehren skeptisch, denn das Volksabstimmungsgesetz sieht im Zweifel aufgrund des Haushaltsvorbehaltes eine Überprüfung durch das Verfassungsgericht vor. „Wir halten es für sinnvoll, Verbesserungen für Kinder, Eltern und Beschäftigte verbindlich festzuschreiben und hierüber mit der Initiative weitere Gespräche zu führen“, schließt Frank Schmitt.

Serviceoffensive zeigt Wirkung

Hamburgs Kundenzentren meistern Sommeransturm erfolgreich

Die Hamburger Kundenzentren haben den diesjährigen Sommeransturm erfolgreich gemeistert. Auch in den Wochen unmittelbar vor Beginn der Sommerferien, die regelmäßig ein hohes Terminaufkommen mit sich bringen, konnten die Hamburgerinnen und Hamburger problemlos ihren Ausweis oder Reisepass beantragen. Die durchschnittliche Vorlaufzeit auf einen Termin betrug von Mitte Juni bis Mitte Juli nur acht Tage, im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres waren es 16 Tage.

Die deutlich verbesserte Terminvorlaufzeit ist das Ergebnis der seit März 2017 gestarteten Serviceoffensive für die Kundenzentren. Ein wesentlicher Baustein war die Erhöhung der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Sachbearbeitung, sie wurde inzwischen merklich erhöht. Waren es 2016 noch unter 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, erhöhte sich die Anzahl im Jahr 2017 auf 238, aktuell sind es 268. Außerdem wurden die sieben Kernkundenzentren in den Hamburger Bezirken auf längere und einheitliche Öffnungszeiten umgestellt. Von Montag bis Freitag sind die Kundenzentren von 7 bis 19 Uhr geöffnet. Die Betriebszeiten haben sich dadurch von etwa 30 auf 60 Wochenstunden verdoppelt. Damit finden die Bürgerinnen und Bürger in jedem Bezirk bereits ein Kundenzentrum mit vereinheitlichten Öffnungszeiten, das einen Besuch auch außerhalb der normalen Arbeitszeit ermöglicht. Außerdem wurden die Arbeitsabläufe optimiert, sodass anteilig mehr Zeit für die Kunden zur Verfügung steht. Seit kurzem sind zusätzlich auch mobile Teams im Einsatz, die an mehreren Standorten den Service sicherstellen. Die Serviceoffensive wird auch in den nächsten Monaten weiter fort-

gesetzt: Neben technischen Neuerungen wie etwa Biometriestationen und Geräten zur Passfälschungserkennung wird auch das Online-Terminsystem weiter optimiert.

Dazu Frank Schmitt: „Die Anstrengungen der vergangenen Monate zeigen Wirkung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projekt-Teams machen einen hervorragenden Job. Mein besonderer Dank gilt selbstverständlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kundenzentren, die den für sie nicht immer einfachen Weg des Schichtdienstes und der damit neu zu regelnden individuellen Vereinbarkeit von Familie und Beruf mitgehen. Auf dem Weg zu mehr Bürgerfreundlichkeit und Serviceorientierung sind wir innerhalb kurzer Zeit schon ein ganzes Stück vorangekommen. Aber wir sind auch noch nicht am Ziel: Es sind die Betriebsmodelle weiterer Kundenzentren anzupassen, zusätzliche Technik wie ein neues Online-Terminmanagement auszurollen und im Rahmen der Digitalisierungsoffensive mehr Dienste online anzubieten. Im Sinne einer dienstleistungsorientierten Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger werden wir es mit diesen Maßnahmen schaffen, die Abläufe weiter zu optimieren.“

Offensive für den Fußverkehr

Sanierung voranbringen und Barrierefreiheit verbessern

Die rot-grüne Koalition will die Hamburger Gehwege weiter sanieren und barrierefrei ausbauen. Parlamentarischer Startpunkt für ein strukturiertes Erhaltungsmanagement für die Hamburger Gehwege war der bereits in der Bürgerschaftssitzung im Februar beschlossene Antrag mit dem der Senat beauftragt wurde, die Sanierungsmaßnahmen für die Gehwege weiter zu optimieren und Schäden schneller zu reparieren. Bei Fahrbahnsanierungen sollen künftig regelhaft auch die Gehwege und Radverkehrsanlagen mit erneuert werden. Dafür ist auch mehr Personal in den Fachbehörden und den Bezirken vorgesehen. Mit einer konzeptionellen Förderung des Zu-Fuß-Gehens soll Sicherheit gewährleistet und Barrierefreiheit verbessert werden. Zielsetzung sind dabei attraktive Wegebeziehungen und die Verbesserung der Aufenthaltsqualität in den Quartieren.

Dazu Frank Schmitt: „Viele Gehwege müssen dringend saniert werden. Wir haben bereits 2016 zwei Millionen Euro pro Jahr zusätzlich bereitgestellt und weitere Mittel stehen zur Verfügung. Die Bezirke brauchen aber auch Unterstützung, um genügend Ingenieure für ihre unbesetzten Stellen und Handwerksfirmen zu finden. Außerdem muss ein Erhaltungsmanagement für Gehwege, wie für die Fahrbahnen bereits erfolgreich geschehen, flächendeckend in Hamburg eingeführt werden. Dann können die konkreten Maßnahmen koordiniert und möglichst schnell umgesetzt werden, damit die Fußwege der Stadt wieder in Schuss kommen.“

Der Fußverkehr ist ein sehr wichtiger Teil der Mobilität in Hamburg und muss entsprechend intensiv gefördert werden. Ein höherer Anteil des Fußverkehrs liegt im allgemeinen Interesse. Dazu brauchen die Menschen in Hamburg aber auch anständige Gehwege mit hoher Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität.

Öffentlicher Personennahverkehr

HVV optimiert das Hamburger Schnellbusnetz

Schon seit 63 Jahren rollen Schnellbusse durch Hamburg. Doch inzwischen ist das Angebot, das früher für mehr Komfort und eine kürzere Fahrtzeit stand, zum Auslaufmodell geworden. Die Stadt muss jedes Jahr rund zehn Millionen Euro für die acht Linien des Schnellbusnetzes dazu bezahlen. Deshalb ersetzt der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) nun drei Linien durch andere Angebote.

„Die Nachfrage ist stark zurückgegangen. 2001 nutzten beispielsweise noch rund 11.700 Fahrgäste an Werktagen die Schnellbuslinie 37 zwischen Schenefelder Platz und Bramfelder Dorfplatz. Im vergangenen Jahr waren es nur noch 6.800 Kunden. Insgesamt ist die Zahl der Fahrgäste auf den Schnellbuslinien 34 von Lufthansa Basis nach Kirchdorf Süd, 35 von Hamburg Messe nach Sorenkoppel, 36 von Blankenese nach Berner Heerweg und 39 von Teufelsbrück nach Wandsbek Markt von durchschnittlich 31.400 an Werktagen auf 19.700 zurückgegangen. Schon seit Einführung im Jahre 1955 kostet die Nutzung eines Schnellbusses einen Zuschlag, der zurzeit bei 2,10 Euro liegt“, erläutert Frank Schmitt den Hintergrund der Entscheidung.

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) hat gemeinsam mit Experten des HVV, der Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein (VHH) und der Hamburger Hochbahn (HHA) untersucht, wie effizient das Schnellbussystem ist. „Danach war klar: Es muss eine Neuordnung geben, von der insbesondere und nachhaltig die Fahrgäste profitieren“, so Frank Schmitt.

Die Änderungen sollen vom nächsten HVV-Fahrplanwechsel im Dezember an gelten. Der Takt auf den Schnellbuslinien 34, 35, 36 und 37 wird auf wenig genutzten Streckenabschnitten von 20 auf 30 Minuten ausgedünnt. Der Fahrplan der Linie 31, die zwischen Lauenburg (Schleswig-Holstein) und dem Großen Burstah in der City verkehrt, bleibt bestehen. Die Linien 39, 48 und 49 werden eingestellt und durch zuschlagfreie Stadtbuslinien ersetzt. Zusätzlich werden drei neue Metrobuslinien mit attraktiven Strecken geschaffen, die keinen Schnellbuszuschlag kosten. Andere Linien werden verlängert.

Frank Schmitt befürwortet die Veränderungen: „Das HVV-Busnetz wird kräftig ausgebaut. Neue Metrobus- und Stadtbus-Linien erreichen mehr Bürger unserer Stadt und machen den HVV so noch attraktiver.“

Die neue Stadtbuslinie 392 ersetzt die Schnellbuslinie 39 auf dem Abschnitt von Teufelsbrück bis nach Ohlsdorf und endet nicht mehr am Wandsbek Markt. Zusätzlich wird die Metrobuslinie 28 eingeführt, die von Wandsbek Markt bis zur Lufthansa Basis fährt.

Die Blankeneser Bergziege kostet keinen Zuschlag mehr, daher wird die Ringlinie 48, die vom S-Bahnhof Blankenese durch den Stadtteil fährt, in Linie 488 umbenannt. Die Schnellbuslinie 49 vom Elbuferweg zum S-Bahnhof Blankenese wird in Linie 588 umbenannt.

Die Stadtbuslinie 111, die keinen Zuschlag kostet und bei Touristen beliebt ist, verkehrt bislang von der Shanghaiallee in der HafenCity bis zum Bahnhof Altona. Von Dezember an fährt der Bus weiter über die Elbchaussee bis zur Haltestelle Teufelsbrück. Bislang verkehrt auf diesem Abschnitt nur die Schnellbuslinie 36.

Bericht „Familien in Hamburg“ erschienen

Berufstätigkeit und Bildungschancen sind die besten Armutspräventionen

Die Hamburgische Bürgerschaft hat im April 2015 den Senat gebeten, im Laufe der Legislaturperiode vier Teilberichte über die Lebenslage ausgewählter Bevölkerungsgruppen auf Basis aktueller und vorhandener Erhebungen zur Diskussion zu stellen, um Wirksamkeit und Ausrichtung des Senatshandelns zu reflektieren. Diese Berichterstattung ist auch Teil des Regierungsprogramms der rot-grünen Koalition auf Bürgerschaftsebene.

„Die Sozialbehörde hat den Bericht ‚Familien in Hamburg‘ erstellt und der Bürgerschaft vorgelegt. Mit diesem Bericht kann die Bürgerschaft nun ihr Handeln überprüfen und gegebenenfalls nachsteuern“, sagt Frank Schmitt. In dem Bericht werden die aktuelle Lebenssituation von Familien und die Entwicklungen in den vergangenen Jahren dargestellt.

„Die Schaffung guter Rahmenbedingungen für Familien und die Beseitigung von Armutsrisiken bleibt eine dauerhafte Aufgabe der Familien- und Sozialpolitik. Wir haben mit unseren politischen Entscheidungen dafür gesorgt, dass die Armutsgefährdungsquote in Hamburg im Jahr 2016 insgesamt leicht gesunken ist. Jedoch müssen wir leider auch zur Kenntnis nehmen, dass die Armutsgefährdungsquote der unter Achtzehnjährigen, Alleinerziehenden und Mehrkindfamilien etwas angestiegen ist“, fasst Frank Schmitt zusammen. Dies entspreche in etwa den bundesweiten Tendenzen und sei kein Hamburger Phänomen. Es liege nicht allein in der Hand Hamburgs, direkten Einfluss auf die Armutsgefährdungsquote zu nehmen. Diese hänge auch von der allgemeinen wirtschaftlichen Situation in den Regionen, der jeweiligen Zu- und Abwanderung, den regional unterschiedlichen Lohnniveaus und weiteren Faktoren ab.

Zwei Punkte gehen eindeutig aus dem Bericht hervor: Zum einen ergibt sich in der Regel die wirtschaftliche Situation der Kinder direkt aus der Situation der Eltern. Die Berufstätigkeit möglichst beider Elternteile ist die beste Armutsprävention für Kinder. „Deshalb haben wir in Hamburg viel dafür getan, dass Eltern gute Möglichkeiten haben, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, und somit Familie und Beruf gut vereinbaren können. Mit der bedarfsgerechten Kinderbetreuung und der ganztägigen Betreuung an Schulen nimmt Hamburg bundesweit eine sehr gute Position ein und bietet den Eltern gute Möglichkeiten für eine Berufstätigkeit“, so Frank Schmitt.

Zum anderen sind Bildungschancen der Kinder von größter Bedeutung, damit sie sich aus Armutslagen lösen können. „In Hamburg sind Bildungsangebote von der Kita über die Schule bis an die Universität überwiegend kostenfrei gestaltet“, hebt Frank Schmitt hervor. Dies komme insbesondere auch Alleinerziehenden und Mehrkindfamilien zugute, die gemessen am Haushaltseinkommen besonders hohe kinderbezogene Ausgaben haben.

Die Regelsysteme Kindertagesbetreuung und Schule wurden seit der Regierungsübernahme der SPD gestärkt und sind darauf ausgerichtet, Chancen und Teilhabe von Kindern unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft zu schaffen. „In diesen Bereichen müssen wir die Anstrengungen aufrechterhalten. Der Schulerfolg muss noch weiter vom Sozialstatus des Elternhauses entkoppelt werden und kein Kind darf ohne Schulabschluss bleiben“, argumentiert der Familienpolitiker. Mit der Kindertagesbetreuung wird versucht, frühzeitig besonders diejenigen Kinder zu erreichen, die in ihren Elternhäusern kein Deutsch sprechen, um sie für einen Krippenbesuch zu gewinnen und die Eltern zu überzeugen, dass dies die Sprache und die Integration der Familie fördert. Lotsenprojekte sprechen Familien mit Migrationshintergrund an, die noch nicht gut integriert oder neu zugewandert sind, und unterstützen bei der Orientierung in unserem Bildungssystem. Integration ist und bleibt eine vordringliche Aufgabe.

Weiterhin unterstützen die Jugendberufsagenturen Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren beim Übergang von der Schule in den Beruf. Arbeitsagentur, Jobcenter, Bezirksamter und Schulbehörde bieten dabei Beratung und Hilfe aus einer Hand. In der Jugend- und Familienhilfe setzt Rot-Grün auf präventive Angebote. Mit den Frühen Hilfen erhalten in Zusammenarbeit mit der Gesundheitshilfe bereits Schwangere und Familien mit Neugeborenen passgenau die Unterstützung, die sie benötigen.

Auch im Rahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung werden gezielt die Stadtteile mit baulichen und sozialen Maßnahmen unterstützt, in denen viele belastete Familien wohnen. „Nicht zuletzt haben wir als SPD seit 2011 den Wohnungsbau in Hamburg angeschoben, damit ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht und das Preisgefüge sich mittelfristig entspannt“, zählt Frank Schmitt eins der zentralen SPD-Wahlversprechen auf.

„Alle diese Maßnahmen werden fortgeführt und weiterentwickelt, um die Lebenslagen von Familien und die Startchancen von Kindern und Jugendlichen unabhängig von Herkunft und Einkommen ihrer Eltern zu verbessern. Der Bericht ‚Familien in Hamburg‘ wird uns dabei helfen und ein Kompass sein, wie wir Familien und Kinder unterstützen können, damit sie nicht in die Armut rutschen beziehungsweise sich aus ihr befreien können“, schließt Frank Schmitt.

Neues umweltfreundliches Mobilitätsangebot

Kunden können Service per Smartphone-App buchen

MOIA, das Mobilitätsunternehmen von Volkswagen, und die Hamburger Hochbahn (HHA) arbeiten in einem gemeinsamen Projekt daran, ein neues umweltfreundliches Mobilitätsangebot für Hamburg zu entwickeln. Das Ziel ist ehrgeizig, denn bereits in diesem Jahr soll im Rahmen des Projektes ein Shuttle-on-Demand-Service, was Pendelverkehr auf Anfrage bedeutet, mit umweltfreundlichen Elektrofahrzeugen starten, der zum einen den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) ergänzen und zum anderen eine Alternative zum privaten Pkw bieten soll.

„Die Kunden können den Service per Smartphone-App buchen und geben dort Standort und Ziel ein. Der MOIA-Shuttle bedient dann Fahrtanfragen verschiedener Personen, die in die gleiche Richtung unterwegs sind“, erklärt Frank Schmitt. Über ein ausgeklügeltes Berechnungsverfahren werden diese miteinander kombiniert, die

Routen geplant sowie Fahr- und Ankunftszeiten individuell berechnet. MOIA soll in die switchh-Plattform der HHA integriert werden und das bestehende Angebot an online buchbaren Carsharing-Fahrzeugen und Leihfahrrädern um eine neue umweltfreundliche Lösung erweitern. Der Shuttle-on-Demand von MOIA verbindet die Flexibilität eines Privatwagens mit der Umweltfreundlichkeit des (ÖPNV).

Das neue Mobilitätsangebot in Hamburg wird vollständig von MOIA finanziert und mit eigenen Fahrzeugen und Fahrern betrieben. MOIA entwickelt dafür aktuell ein neues Fahrzeugmodell, das vollelektrisch und damit emissionsfrei fahren und bis zu sechs Personen Platz bieten wird. Ziel ist es, den Service nach Abschluss eines erfolgreichen Testvorlaufs 2018 mit rund 200 Elektro-Shuttle-Fahrzeugen in Hamburg zu starten. Ein weiterer Ausbau der Fahrzeugflotte soll 2019 folgen.

Sicheres und sauberes Hamburg

Mehr Lebensqualität durch Stärkung der Polizeiarbeit vor Ort

Hamburgs Innensenator Andy Grote hat Mitte Juli das Konzept „Lokale Präsenz“ vorgestellt. Durch den Einsatz von 100 zusätzlichen Angestellten im Polizeidienst (AiP) soll die Präsenz der Polizei in den Stadtteilen sichtbar erhöht und die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten deutlich verstärkt werden.

Dazu Frank Schmitt: „Die Entscheidung für 100 zusätzliche Ordnungskräfte im öffentlichen Raum begrüße ich ausdrücklich. Ordnungswidrigkeiten wie beispielsweise freilaufende Hunde auf Spielplätzen, das Verdrecken von Hauseingängen oder Wildpinkeln gehören geahndet. Die sichtbare Verstärkung der Polizeipräsenz wird das Melden und Beseitigen von mangelhaften Zuständen im öffentlichen Raum erleichtern und beschleunigen. Das wird die Lebensqualität in den Stadtteilen weiter erhöhen und auch bestehende Maßnahmen wie die Sauberkeitsoffensive wirkungsvoll ergänzen.“

Die Anbindung der AiP an die bestehenden Strukturen der Polizei ist ein ganz wesentlicher Bestandteil. Sie soll gewährleisten, dass Sicherheit und Ordnung als einheitliches Konzept ohne zusätzlichen Koordinierungsaufwand unter enger Dienst- und Fachaufsicht gelebt werden. So kann die Arbeit stets der Situation vor Ort entsprechend angepasst werden. Dem Bezirklichen Ordnungsdienst (BOD), der 2006 unter der damaligen CDU-Regierung etabliert und dessen erneute Einführung zuletzt von der CDU wieder gefordert wurde, fehlt genau diese Anbindung und Koordinierung. Deshalb wurde er 2014 wegen Erfolglosigkeit wieder abgeschafft.

Die 100 zusätzlichen AiP sollen den acht Regionalpolizeikommissariaten zugewiesen und dort an die bereits vorhandenen Dienstgruppen Operative Aufgaben (DGOA) angebunden werden, die zukünftig verstärkt Aufgaben der lokalen Präsenz und Schwerpunktmaßnahmen wahrnehmen wird. Damit ist das Konzept ein weiterer Baustein für eine moderne Polizei, die gute Arbeitsbedingungen bietet und sich bürgernah präsentiert.

Verkehrsunfallstatistik 2017

Deutlich weniger Unfälle

Der Senat hat jüngst die Verkehrssicherheitsbilanz für das Jahr 2017 für Hamburg vorgestellt. Daraus geht hervor, dass die Verkehrsunfälle in Hamburg insgesamt im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen sind. Bei gleichzeitig steigenden Bevölkerungs- und Mobilitätszahlen ist das ein gutes Zeichen.

Frank Schmitt sieht diese Entwicklung positiv: „Das Risiko in einem Verkehrsunfall verletzt zu werden, war in Hamburg, mit Ausnahme des Jahres 2010, noch nie so niedrig wie im vergangenen Jahr. Aber auch in absoluten Zahlen konnte trotz eines Bevölkerungswachstums und eines Anstiegs der Kfz-Zulassungen um jeweils rund sechs Prozent in vielen Bereichen ein Rückgang bei den Verkehrsunfällen verzeichnet werden.“

Besonders erfreulich ist, dass die Anzahl der Verunglückten um 242 Menschen sank und auch die Anzahl der verunglückten Kinder einen neuen historischen Tiefststand erreichen konnte. Auch die Anzahl der verunglückten Radfahrerinnen und Radfahrer war vier Prozent niedriger als im Vorjahr. Das ist bemerkenswert, da ja die Anzahl der Radfahrerinnen und Radfahrer immer weiter ansteigt. Hier macht sich der Ausbau der Infrastruktur für den Radverkehr bemerkbar. Die pragmatische und moderne Verkehrspolitik von Rot-Grün zeigt hier nachweislich Wirkung.

Die erhöhte Anzahl der verunglückten Fußgängerinnen und Fußgänger zeigt aber auch, dass noch lange kein Grund da ist, sich mit der Situation zufrieden zu geben. „Mit den geplanten Verbesserungen der Gehwege haben wir einen Anfang gemacht. Hier müssen wir dran bleiben“, fordert Frank Schmitt.

Verkauf der HSH Nordbank

Schadenbegrenzung für Hamburg

Die Bürgerschaft hat vor der Sommerpause mit großer Mehrheit dem Verkauf der HSH Nordbank zugestimmt. Im Februar hatten Hamburg und Schleswig-Holstein mit der internationalen Finanzinvestorengruppe Cerberus und J.C. Flowers sowie weiteren Partnern einen Vertrag zum Verkauf der HSH geschlossen. Im Rahmen des Beihilfe- verfahrens hatte die EU-Kommis- sion beide Länder 2016 dazu verpflichtet, die Mehrheit ihrer Anteile innerhalb von zwei Jahren zu veräußern. Die Alternative zum Verkauf wäre die Abwicklung der Bank gewesen. Bereits im April hatte der schleswig-holsteinische Landtag die Veräußerung der HSH einstimmig gebilligt. Mit der Zustimmung der Bürgerschaft nimmt der Verkauf an die US-Investoren nun eine weitere Hürde, aber noch nicht die letzte: Es steht noch die Zustimmung von EU-Kommission, Finanzaufsicht und EZB aus.

Mit der Entscheidung beider Landesparlamente rückt die Übernahme der Bank durch die US-Investoren näher. Die Fonds bezahlen für die Bank eine Milliarde Euro. Gleichzeitig stellt die Bürgerschaft einen Kredit in Höhe von 2,95 Milliarden Euro

bereit, um die Garantiezusagen der Stadt gegenüber der Bank zu erfüllen. Die Steuerzahler in Hamburg und Schleswig-Holstein verlieren mit dem Verkauf rund 10,8 Milliarden Euro. Die Schlussabrechnung könnte noch etwas höher ausfallen. Im Besitz der Länder sind nach wie vor faule Kredite aus dem ehemaligen Bestand der HSH im Nominalwert von fünf Milliarden Euro, die über rund 250 Schiffe abgesichert sind. Dieses Kreditportfolio abzubauen wird noch etliche Jahre dauern. So lange ist noch keine Schlussabrechnung möglich.

Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen informierte der Senat die Abgeordneten umfassend über den Verlauf des Verkaufsverfahrens, die jeweiligen Verkaufsphasen, die Teilnahme der unterschiedlichen Interessenten, die wesentlichen Aspekte des Kaufvertrages sowie alternative Szenarien zu einer Privatisierung. Frank Schmitt: „Mit dieser Entscheidung haben wir es uns nicht leicht gemacht. Wir haben – auch innerhalb unserer Fraktion – die Alternativen ausführlich diskutiert und gründlich abgewogen. Mit dem Verkauf der Bank hat der Hamburger Senat gemeinsam mit Schleswig-Holstein die Variante gewählt, die letztendlich auch aus unserer Sicht für die öffentlichen Haushalte am wenigsten schädlich ist. Es bewahrheitet sich damit leider, dass die Behauptung von 2009, die HSH Nordbank-Krise würde die Haushalte der Länder nicht belasten, von Anfang an ein frommer Wunsch war. Mit dieser Entscheidung der Bürgerschaft wird der Schuldenstand Hamburgs voraussichtlich um bis zu drei Milliarden Euro ansteigen – das ist eine bittere Bilanz.“

Hamburgisches Seniorenmitwirkungsgesetz

Anerkennung von Vielfalt verankert

Die Bürgerschaft hat eine Neufassung des Hamburgischen Seniorenmitwirkungsgesetzes beschlossen. Seit 2012 wird darin die Seniorenmitwirkung in Hamburg und die Arbeit der ehrenamtlichen Bezirksseniorenbeiräte sowie des Landes seniorenbeirats geregelt. Mit dem Beschluss der Bürgerschaft wird das Seniorenmitwirkungsgesetz um einen wichtigen Aspekt erweitert: Auf Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen wird die Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Zielsetzung des Gesetzes ausdrücklich verankert.

Dazu Frank Schmitt: „Viele ältere Lesben und Schwule haben in ihrem bisherigen Leben individuelle oder gesellschaftliche Diskriminierung erlebt. Gerade im Alter ist der Wunsch groß, dass die eigene Lebensform und die entsprechenden lebenslangen Erfahrungen ausreichend berücksichtigt werden. Ein wichtiger und verbindlicher Schritt hin zu dieser Berücksichtigung ist die Anerkennung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt im Hamburgischen Seniorenmitwirkungsgesetz. Ein runder Tisch wird zusätzlich alle relevanten Akteure zum Thema Alter miteinander ins Gespräch bringen. Unser Ziel ist es, älteren Menschen jeder geschlechtlicher Identität und Orientierung die gleiche Teilhabe und Anerkennung zukommen zu lassen und ihnen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.“

Das Hamburgische Seniorenmitwirkungsgesetz, das die SPD 2012 geschaffen hat, ist ein Erfolgsmodell und geeignet, einer vielfältiger gewordenen älteren Generation in unserer Stadt Teilhabe und Mitwirkung zu ermöglichen. Das hat auch die Evaluation bestätigt.

Bezirks- und Bürgerschaftswahlen

Maßvolle Anpassungen im Wahlrecht

Die Bürgerschaftsfraktionen von SPD, Grünen, FDP und LINKE haben sich auf Anpassungen im Wahlrecht für die Bezirks- und Bürgerschaftswahlen verständigt. Vorausgegangen war im Anschluss an die vergangene Bürgerschaftswahl eine intensive Beratung im Verfassungs- und Bezirksausschuss. Hierbei wurden der Landeswahlleiter sowie mehrere Expertinnen und Experten gehört. Im Ergebnis soll das geltende Wahlrecht dem Grunde nach fortbestehen. Wichtig war den Fraktionen ein möglichst breiter politischer und zivilgesellschaftlicher Konsens. Daher wurden die Initiatoren der damaligen Volksinitiative „Faires Wahlrecht“ in die Gespräche miteinbezogen.

Dazu Frank Schmitt „Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, beim Thema Wahlrecht einen breiten politischen Konsens zu erzielen. Es ist wichtig, das geltende Wahlrecht in Teilen anzupassen, ohne es aber grundlegend zu verändern. Mit den Heilungsmöglichkeiten haben wir ein gutes Mittel gefunden, die unzulässigen Stimmen zu reduzieren. Durch die Änderungen der bezirklichen Vorschriften stärken wir die Bezirksversammlungen in ihrer so wichtigen ehrenamtlichen politischen Arbeit vor Ort. Das ist auch angesichts der im nächsten Jahr anstehenden Bezirkswahlen ein wichtiges Signal.“

Die Anpassungen im Überblick:

Neben technischen Änderungen und Anpassungen an das Bundeswahlrecht soll künftig für die Stimmzettelreihenfolge der Parteien nicht mehr die Kandidatenanzahl, sondern das Ergebnis der vorigen Wahl zur Bürgerschaft entscheidend sein, sofern die Parteien die Mindestzahl an Kandidaten einhalten. Hierdurch sollen für die Wählerin oder den Wähler die Stimmzettel übersichtlicher werden. Ferner werden die Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen gestärkt. Auch wer dauerhaft vollbetreut wird, kann bereits bei der Bezirkswahl im kommenden Jahr erstmals seine Stimme abgeben. Diese schon seit längerem im politischen Raum stehende Forderung wurde im vergangenen Jahr auch noch einmal in einem gemeinsamen Brief der Landesbehindertenbeauftragten bekräftigt. Weiter soll die hohe Anzahl ungültiger Stimmen durch eine Heilungsregelung für klar auszulegende Fälle reduziert und der Wählerwille damit gestärkt werden.

Die bisher in unterschiedlichen Gesetzen festgeschriebenen Regelungen für Bezirkswahlen werden künftig in einem einzigen Gesetz zusammengefasst. Dies sorgt für mehr Rechtsklarheit und Transparenz. „Um die ehrenamtliche politische Arbeit in den Bezirksversammlungen zu stärken, wird ein so genanntes Benachteiligungsverbot gesetzlich festgeschrieben. Das heißt, kein Mitglied einer Bezirksversammlung darf aufgrund seiner Abgeordnetentätigkeit berufliche Nachteile haben. Eine Forderung, für die ich mich sehr eingesetzt habe“, so Frank Schmitt.

Außerdem streben die antragstellenden Fraktionen die Einrichtung eines zentralen Wahllokals in der Innenstadt, zum Beispiel im Rathaus, an. Dort wäre dann eine Stimmabgabe für alle Wahlkreise möglich, verbunden mit dem Ziel, über dieses zusätzliche Angebot die Wahlbeteiligung zu erhöhen.

Kriminalitätsstatistik 2017

Kriminalität geht zurück

Laut Polizeilicher Kriminalstatistik gab es gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von insgesamt über 13.000 Straftaten, das ist ein Minus von knapp sechs Prozent. „Der positive Trend hält an, die Gesamtkriminalität in Hamburg ist weiter rückläufig. Das ist eine gute Nachricht für das Sicherheitsempfinden in der Stadt, insbesondere auch für die Menschen in den Stadtteilen, die besonders von Straftaten dieser Art betroffen sind“, sagt Frank Schmitt.

Kraftfahrzeugaufbrüche, Fahrraddiebstahl, Wohnungseinbrüche und Raub – bei all diesen Straftaten sind deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Bei den Raubdelikten hält dieser Trend schon seit 20 Jahren an und hat einen historischen Tiefstand erreicht.

Impressum

Termine

In den vergangenen Ausgaben des Newsletters von Frank Schmitt fanden Sie an dieser Stelle stets die Terminübersicht für die Sitzungen der Bürgerschaft und der Fachausschüsse, in denen Frank Schmitt vertreten ist, die Veranstaltungen für und mit Bürgerinnen und Bürgern im Hamburger Westen sowie die Termine der Rathausführungen.

Für mehr Übersichtlichkeit und um eine höhere Aktualität zu garantieren, finden Sie künftig all diese Termin-Informationen in dem Kurznewsletter „Komm in Tritt, triff Frank Schmitt!“. In der gedruckten Variante finden Sie diese Übersicht im Mittelteil der Ausgabe. Um auch über Aktualisierungen informiert zu sein, empfehlen wir Ihnen ein kostenfreies Abonnement per E-Mail oder Post.

Abonnieren

Der Newsletter ist kostenfrei abonnierbar, Sie erhalten dann die aktuellste Ausgabe per E-Mail oder Post, je nachdem, für welche Variante Sie sich entscheiden. Sie verpassen dann auch nicht die aktuellsten Termininformationen, die im Kurznewsletter „Komm in Tritt, triff Frank Schmitt!“ angekündigt werden.

Für die elektronische Ausgabe des Newsletters können Sie sich einfach selbst in Verteilliste auf der Internetseite www.frank-schmitt.info eintragen.

Abgeordnetenbüro

Frank Schmitt, MdHB
SPD Abgeordnetenbüro
Luruper Hauptstraße 274
22547 Hamburg
Telefon: (040) 876 004 66
Fax: (040) 876 004 67
E-Mail: abgeordnetenbuero@frankschmitt.info
Internet: www.frank-schmitt.info

Öffnungszeiten

Montags von 10 bis 13 Uhr
Dienstags von 14 bis 17 Uhr
Sie können gerne auch einen individuellen Termin außerhalb der Öffnungszeiten vereinbaren. Während den Schulferien ist das Büro nicht zu den Öffnungszeiten besetzt.

Impressum

V.i.S.d.P.: Frank Schmitt, MdHB
Redaktion: Alexander Hund
Luruper Hauptstraße 274
22547 Hamburg